

II-3247 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1649/1

1981-12-18

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. LEITNER, DDr. KÖNIG, Dr. KEIMEL, PISCHL, HUBER und Genossen
 an den Bundeskanzler *)
 betreffend Überstundenleistungen im Bereich der Bundesverwaltung

Der Bundesminister für soziale Verwaltung, Dallinger, hat den Überstunden den Kampf angesagt. Um das Überstundenmachen den Arbeitnehmern zu verleiden, soll nach seiner Aussage der derzeit geltende Steuervorteil für den Überstundenzuschlag vermindert oder ganz abgeschafft werden. Die Unternehmer sollen nach den Vorstellungen des Sozialministers durch Erhöhung der Überstundenzuschläge zur Einstellung der Überstunden veranlaßt werden.

Es wäre interessant zu erfahren, ob und inwieweit diese Vorschläge von den einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung genehmigt werden und welche Auswirkungen sie in den Bereichen der Bundesverwaltung hätten. Aus einer Anfragebeantwortung des Bundesmin. für Unterr. und Kunst ging hervor, daß im Schuljahr 1976/77 221.000 wöchentliche Überstunden geleistet wurden, die rein rechnerisch 10.273 Dienstposten entsprechen. Im Bereich der Postverwaltung sollen jährlich ca. 8 Mio. Überstunden und im Bereich der Bundesbahnen ca. 7 Mio Überstunden geleistet werden.

Um einen Überblick über geleistete Überstunden und Mehrdienstleistungen im Bereich der Bundesverwaltung und die Auswirkungen einer möglichen Umwandlung in Dienstposten zu erhalten, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

*) erging auch an alle anderen Mitglieder der Bundesregierung

Von der Vervielfältigung und Verteilung dieser - inhaltlich identischen - Anfragen wurde im Sinne des § 23 Abs. 2 GO Abstand genommen.

- 1.) Welche Haltung nehmen Sie zu den Vorschlägen von Sozialminister Dallinger ein ?
- 2) Wie hoch ist der Betrag für Überstunden und Mehrdienstleistungen, der jeweils in den Jahren 1980 und 1981 in Ihrem Ressortbereich erforderlich war?
- 3) Wieviele Überstunden und Mehrdienstleistungen wurden damit in den Jahren 1980 und 1981 jeweils in Ihrem Ressortbereich vergütet ?
- 4) Wie verteilen sich diese Überstunden und Mehrdienstleistungen auf die Zentralverwaltung, auf vorgelagerte Dienststellen und auf Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen ?
- 5) Wievielen Dienstposten bzw. Arbeitsplätzen entsprechen diese geleistete Überstunden und Mehrdienstleistungen ?
- 6) Planen Sie in Ihrem Zuständigkeitsbereich die Einstellung weiterer Arbeitskräfte anstelle der geleisteten Überstunden und Mehrdienstleistungen ?
- 7) Wenn ja, wieviele neue Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden ?
- 8) Wenn nein, warum lehnen Sie die Vorschläge des Sozialministers für Ihren Ressortbereich ab ?
- 9) Welche finanzielle Belastungen würden sich durch die Vorschläge des Sozialministers für Ihren Ressortbereich ergeben ?